



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/190

Bonn, den 17. August 51
Friedrich Ebert-Allee 17

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Frage nach der Einheit	S. 1
Wohin gehört Triest ?	S. 3
Am Ende einer "Etappe" (Glosse)	S. 5
Meixners umstrittene Position	S. 6
Wohleb will sich zwingen lassen	S. 7

Die entscheidende Frage

Von Willy Brandt, M.d.B.-Berlin

Seit anderthalb Wochen wird das Ost-West-Gespräch in den Straßen der Berliner Westsektoren auf eine ganz andere Art geführt, als es sich die Machthaber der Sowjetzone jemals vorgestellt hatten. Zu Zehntausenden sind die Jugendlichen aus Sachsen und Mecklenburg, aus Brandenburg und Thüringen Tag für Tag mit den Berlinern im ursprünglichen, menschlichen Sinne ins Gespräch gekommen. Täglich haben Tausende an politischen Unterhaltungen in den Jugendheimen, an den Universitäten und in großen Betrieben teilgenommen. Immer wieder hat sich dabei die eine entscheidende Frage in den Vordergrund gedrängt: Die Frage nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit.

Der eine hat die Frage betont politisch, der andere mehr gefühlsmäßig formuliert. Aber im Kern handelte es sich immer wieder um das gleiche Thema: Wie lange soll die Unterdrückung in der Sowjetzone noch andauern, was tut der deutsche Westen für die Befreiung seiner 18 Millionen Landsleute östlich des Eisernen Vorhangs, wie stehen die Westmächte wirklich zum Problem der deutschen Einheit, wie kann eine Lösung unserer nationalen Frage ohne Krieg gefunden werden ?

Die jungen Menschen aus der Sowjetzone - soweit sie nicht durch die Seelenknetmaschine bereits gleichgeschaltet wurden -

geben sich nicht mehr mit der Aufforderung zufrieden, daß sie "aushalten" sollen. Sie wollen und brauchen ehrliche, sachliche Aufklärung über die tatsächlichen Zusammenhänge. Wer verantwortungsbewußt denkt, konnte ihnen nicht die Gewißheit einer unmittelbar bevorstehenden Veränderung vorgaukeln. Er konnte ihnen Entwicklungstendenzen aufzeigen, die im ganzen gegen die Sowjets sprechen. Er konnte ihnen vom gesamtdeutschen Bekenntnis der demokratischen Kräfte im deutschen Westen berichten. Aber er durfte ihnen auch nicht ganz verschweigen, daß den feierlichen Deklamationen nicht immer die erforderlichen politischen Maßnahmen gefolgt sind.

Viele haben sich in Berlin furchtlos geäußert. Viele haben aber auch ihre tiefe Verzweiflung zum Ausdruck gebracht. Manche waren hoffnungslos, weil sie vom deutschen Westen Dinge erwarteten, die wirklich nicht Dinge deutscher Entscheidung sind. Manche waren aber auch deswegen enttäuscht, weil sie eine echte gesamtdeutsche Aktivität des Westens vermißten. Wie sollten sie zu einem solchen Eindruck nicht kommen können, da doch die Träger der Bundesrepublik keinerlei Anstalt machten, in Berlin in Erscheinung zu treten? Über das Versagen maßgebender Stellen bei dieser, aber nicht erst bei dieser Gelegenheit wird noch einiges zu sagen sein.

Das kommunistische Weltjugendtreffen ist trotzdem zu einer großen Niederlage für die östlichen Machthaber geworden. Zu einem Teil darum, weil die kommunistische Organisation kläglich versagte und weil die kommunistische Propaganda sich überschlagen hatte. Zu einem anderen Teil deswegen, weil Berlin in aller Einfachheit und mit viel Improvisation mitten in seinem sorgenvollen Alltag eine demokratische Alternative zum östlichen Zwangsstaat gab. Die Versäumnisse, durch die die gesamtdeutsche Politik der Bundesrepublik gekennzeichnet ist, konnte Berlin nicht wettmachen. Auf die entscheidende Frage aber konnten die Berliner nicht überzeugender antworten, als es ihrer eigenen Lage entspricht.

Plebiszit über Triest ?

v.s. Rom, Mitte August.

Die neue Regierung de Gasperi hat in beiden Häusern des Parlaments, nach einer der hierzulande üblichen, überflüssig ausgedehnten Debatten, die erwartete Mehrheit erhalten. Die äußerste Rechte und die äußerste Linke haben ihr natürlich das Vertrauen verweigert, aber auch die Sozialdemokraten und Liberalen haben sich durch Stimmenthaltung von ihr distanziert, so daß die Regierungsmehrheit jetzt fast ausschließlich aus Christlich-Demokraten besteht. Aber da nun jeder weiß, daß die internen Gegensätze bei den Christlich-Demokraten trotz ihrer einheitlichen Stimmabgabe für das neue Kabinett nach wie vor bestehen, rechnet man allgemein damit, daß im Spätherbst eine neue Krise entstehen wird.

An der Debatte sowohl im Senat wie in der Deputiertenkammer war vom internationalen Standpunkt besonders interessant, daß das Triester Problem von fast allen Rednern erwähnt wurde. Auch in der Regierungserklärung selbst wurden die West-Alliierten an ihre feierliche Deklaration vom 28. März 1948 erinnert, wonach sie sich für die Rückgabe des gesamten Freien Territoriums von Triest an Italien einsetzen würden. Das war eine unüberlegte, reichlich leichtfertige Verpflichtung, denn sie erstreckte sich auch auf die B-Zone, den nordwestlichen Teil der Halbinsel Istrien, der seit Kriegsende von den Jugoslawen militärisch besetzt und verwaltet war. Aber damals standen die italienischen Parlamentswahlen vor der Tür, die Alliierten hatten vor einem Sieg der Kommunisten Angst und wollten die Erfolgsaussichten der Regierung de Gasperi erhöhen, und obendrein war Tito noch ein Satellit Moskaus, auf den man keine Rücksicht nehmen zu müssen glaubte. Drei Monate später erfolgte Titos Abfall vom Cominform und in der heutigen weltpolitischen Lage wäre mehr denn je eine Verständigung zwischen Rom und Belgrad von ungeheurer Bedeutung.

Triest jedoch, wo Tausende von Flüchtlingen aus Istrien und Dalmatien, meistens frühere überzeugte Faschisten, leben, ist eine Hochburg des italienischen Nationalismus geworden. Von dort aus wird seit fast zwei Monaten eine neue, rein künstliche Kampagne in der gesamten italienischen Presse gespeist, deren offensichtlicher Zweck es ist, eine von England befürwortete direkte Aussprache

zwischen Belgrad und Rom und erst recht eine Kompromißlösung zu verhindern. Daher die Stelle in de Gasperis Regierungserklärung, wonach es Opfer gibt, "die Italien nicht zugemutet werden und von ihm nicht in Betracht gezogen werden können" und "politisch-moralische Zusagen, die nicht vergessen und nicht abgeschwächt werden dürfen". De Gasperi hat somit, vielleicht sogar gegen seine bessere Einsicht, vor diesem nationalistischen Pressefeldzug kapituliert und den Beginn einer direkten Aussprache mit Belgrad über Triest auf unbestimmte Zeit verschoben.

In der Parlamentsdebatte in beiden Häusern ist nun von verschiedenen Rednern die Parole des Plebiszits ausgegeben worden. Auch der sozialdemokratische Sprecher Saragat hat im Auftrage der Triester Sozialisten eine Volksbefragung als die mögliche Lösung erwähnt. Das wäre natürlich der ideale Ausweg, wenigstens auf dem Papier. Aber kann man wirklich hoffen, daß eine Volksabstimmung in einem totalitären Staat, wie es nun einmal Jugoslawien bis auf weiteres ist, wirklich frei und unbeeinflusst wäre, selbst unter alliierter oder neutraler Kontrolle? Und würden die Jugoslawen damit einverstanden sein, daß die Istrien-Flüchtlinge nach ihren Heimatorten zurückkehren, um sich ungefährdet daran zu beteiligen?

In der A-Zone, also in Triest selbst, das unter anglo-amerikanischer Verwaltung steht, wären alle Garantien für ein freies Plebiszit gegeben. Für Italien besteht dort allerdings eine gewisse Gefahr, daß der Status quo eine große Zahl von Anhängern findet, darunter viele Italiener, die ein persönliches Interesse daran hätten, nicht - oder einstweilen nicht - wieder in Italien inkorporiert zu werden. Riskiert Italien nicht bei einem Plebiszit die schwere moralische Blamage, daß sich nur eine relative kleine Mehrheit von Triestinern für die Rückgabe an Italien ausspricht? Alles in allem wäre wahrscheinlich der Kompromiß, A-Zone an Italien, B-Zone an Jugoslawien, die beste Lösung, auch für Italien.

+ + +

Gesang zwischen den Stühlen

Still und beharrlich - wie das seine vielgerühmte Art ist - hat der Chef der atlantischen Verteidigung sich ans Werk begeben; selbst dem z.Zt. noch entmilitarisierten Begriffsvermögen der Deutschen kann diese ordnende Hand nicht verborgen bleiben. Sämtliche großen Truppenlazarette, Fahrzeuge- und Artilleriedepots und sonstige in Deutschland stationierte Nachschublager werden nun "nach Westen" zurückgenommen, die Transportflotten zukünftig nicht nach Hamburg, Cuxhaven und Bremen, sondern nach Amsterdam und Livorno dirigiert und die Luftstützpunkte vom "heißen" Terrain Fürstenfeldbrucks und Feldailfings in die gemäßigten Basen Südfrankreichs und Westafrikas verlegt.

In der ersten Reaktion mag der in langer Besatzungspraxis geschulte Verstand daraus die optimistische Erwartung schöpfen, daß der Index unseres Verteidigungsbeitrages an Zahnbürstenständern (z.Zt. noch 45000 Stück), Puddingformen (11000), Kegelbahnen und Büstenhaltern eine ebenfalls rückläufige Tendenz verzeichnen wird und letztlich unser eifriger Finanzminister in seinen Sturmläufen gen Petersberg also doch einigen Erfolg haben werde.

Nachfolgend aber meldet sich, trotz sechsjähriger Reeducation, das alte Witterungsvermögen für solche Dinge wieder. Ungute Eigenschaften werden erneut wach und man selbst wird von der plötzlichen Fähigkeit erschreckt, in längst vergessenen Kategorien zu denken: Hier soll ein gefechtsklares Operationsgebiet geschaffen werden.

Wenn man in einer Uniform steckt und sich womöglich den Tag über mit operativen Plänen zu beschäftigen hat, wird eine solche Klärung des Begriffs nicht ohne Befriedigung sein, es geschieht doch was. Wenn man aber Zivilist ist (vorbelasteter Zivilist mit der dilettantischen Neigung, die Dinge militärisch zu sehen) und sich mitten in diesem aufgeklärten Operationsgebiet weiß, dann sind die Folgerungen weniger angenehm. Zumal ein kompetenter Sprecher kürzlich erst mit schöner Offenheit erklärte, die Militärs wären zu der Einsicht gelangt, daß zu Friedenszeiten eine dem Russen äquivalente Bodenstreitkraft nicht aufzubauen wäre, und es darob realistischer sei, "sich auf die Luftwaffe und die Atombomben zu verlassen".

Welche höhere Einsicht bleibt dem in seinen Gefühlen hin- und hergeworfenen Zivilisten ?

Die einzigartige Möglichkeit - still und beharrlich - dieses gefechtsklare Operationsgebiet zu verlassen. Rekruten, so sagt jene wiedergeweckte Erinnerung, wurden im allgemeinen tief in der Steppe, noch weit hinter Lazaretten und Artilleriedepots, gedrillt.

Wie schön.

Es sollte also nicht Wunder nehmen, wenn der atlantische Verteidigungschef über alle ordnende Aktivität hinaus die Bereitschaft des Deutschen, Soldat zu werden, durch seine jüngsten strategischen Unternehmungen nicht unbeträchtlich gesteigert hat.

-t.

+ + +

Der Prälat und die Koalition in Bayern

M.R. Zweifellos war die CSU in Bayern nicht sehr gut beraten, als sie den Prälaten Georg Meixner zu ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden anstelle von Dr. Hundhammer wählte. Die knappe Mehrheit - Meixner wurde mit 28 gegen 26 Stimmen der CSU-Landtagsfraktion berufen - zeigt allzu deutlich, daß sich auch innerhalb der CSU viele Persönlichkeiten der Gefahr bewußt waren, die eine solche Wahl auf der politischen Bühne zumindest auslösen kann. Meixner, dessen persönliche Integrität niemand anzweifelt, ist als katholischer Geistlicher, der sich ein Leben lang mit kulturpolitischen Fragen beschäftigt hat, in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen allzu einseitig festgelegt. Die äußeren Umstände dieser Wahl deuten darauf hin, daß es sich mehr um eine Verlegenheitslösung, als um eine Entscheidung grundsätzlicher Art gehandelt hat. Noch am Vortag seiner Wahl hat Meixner in der Öffentlichkeit erklärt, daß er, sollte die Wahl auf ihn fallen, nicht annehmen wird. Der protestantische Abgeordnete Dr. von Prittwitz und Gaffron hat unmittelbar nach dieser Wahl seinen Stellvertreterposten in der Fraktion niedergelegt und seine Begründung lautete: "Ich kann weder unter einem Pastor noch unter einem Prälaten amtieren".

Innerhalb der CSU herrscht über die Wahl Meixners in diese wichtige Funktion keineswegs uneingeschränkte Freude. Alte Gegensätze, oft dementiert, zwischen dem protestantischen Teil, aber

auch unter den liberal eingestellten katholischen Kräften und den klerikal gebundenen Kreisen dürfte dadurch neuen Auftrieb erhalten. Aus Kreisen der CSU stammt die Meinung, daß damit der Flügelbildung erneut Vorschub geleistet wurde. Prälat Meixner hat in den letzten Tagen in mehreren öffentlichen Darlegungen darauf hingewiesen, daß für die Koalition aus der Kulturpolitik heraus erhebliche Schwierigkeiten entstehen könnten. Es ist bekannt, daß gerade diese Äußerungen bei den CSU-Mitgliedern der Regierung, nicht zuletzt beim Ministerpräsidenten Dr. Ehard, mit bedenklichen Mienen aufgenommen wurden. Die kommenden Monate dürften mit der Zunahme von sozialen Spannungen die ganze Kraft einer möglichst stabilen Regierung erfordern, um einigermassen mit diesen Fragen fertig zu werden.

Von sozialdemokratischer Seite wird diese Entwicklung mit verstärkter Aufmerksamkeit verfolgt und in offiziellen und inoffiziellen Erklärungen macht die SPD kein Hehl daraus, daß es ihr in erster Linie darauf ankommt, die sozialen Fragen in einer befriedigenden Weise zu lösen. Vor dem erweiterten Landesauschuß hat der SPD-Vorsitzende in Bayern, Waldemar von Knoeringen, allerdings auch mit aller Deutlichkeit festgestellt: "Auch für die SPD würde diese Koalition ein Ende haben, wenn von ihr die Aufgabe von Grundsätzen verlangt würde".

+ + +

Wohleb will sich zwingen lassen

H.-Freiburg, 18. August

In dem Bestreben, die Neuordnung Südwestdeutschlands hinauszuschieben oder gar unmöglich zu machen, führt die südbadische Regierung nun ein neues Kabinettstück vor. Nachdem sie gegen das vom Bundestag beschlossene Neugliederungsgesetz Klage beim Bundesverfassungsgericht erhoben hat, fordert sie jetzt von der Bundesregierung eine sofortige Entscheidung, daß die Volksabstimmung über den Südweststaat, die nach jahrelangen Vorverhandlungen und Meinungsstreitigkeiten endlich auf den 16. September festgesetzt wurde, nochmals hinausgeschoben werde, da vorher der Verfassungsgerichtshof gebildet werden und über die Klage Badens entschieden sein müsse. Bei der Begründung ihres Verlangens spielt die Regierung Wohleb auch auf den Artikel 37 des Grundgesetzes an, der bestimmt, daß mit Billigung des Bundesrats ein Land im Wege des Bundeszwanges zur Einhaltung seiner Verpflichtungen angehalten werden kann, wenn es die ihm obliegenden Pflichten nicht erfüllt. Diese Bestimmung könnte aktuell werden, da die südbadische Regierung sich offensichtlich weigern will, bei der Durchführung der Volksabstimmung in ihrem Gebiet mitzuwirken, wenn der Abstimmungstermin nicht verschoben wird. Herr Wohleb und seine Minister betonen zwar, daß es ihnen leid täte, wenn es soweit käme. Wahrscheinlich wünschen sie aber als "Genötigte", vom Bund Bedrängte zu erscheinen und damit eine für sie günstige Wahlatmosphäre zu schaffen. Es liegt nun an der Bundesregierung, eine neue Verschleppung abzuwenden und dem Willen der Volksmehrheit in Südwestdeutschland zu entsprechen, die die lange verzögerte Klärung wünscht.

Verantwortlich: Peter Raunau